
**Friedel Heße:
Zukunftsvisionen am Ende
des alten korporatistischen Modells**

Friedel Heße, geb. 1949 in Duisburg, Ausbildung zum Versicherungskaufmann, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Duisburg, ist Leiter der Grundsatzabteilung beim DGB-Bundesvorstand.

Die Kritik am Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms nimmt zu. Dies ist auch gut so: Es ist zwingend, Kontroversen auszutragen, weil nur nach intensiver Diskussion ein Grundsatzprogramm des DGB vielfältige Erfahrungen und Sichtweisen erfassen und verarbeiten kann sowie tatsächlich Grundlage gewerkschaftlichen Handelns wird und Wirkung entfaltet. Mit

genau diesem Selbstverständnis hat die Debatte über das Grundsatzprogramm 1992 begonnen und ist seitdem so geführt worden.

Die Argumentationslinie vieler kritischer Beiträge zu dieser Debatte ähnelt sich: Der Programmentwurf enthalte keine wirkliche Analyse der gegenwärtigen Lage, ordne sich nicht in die geschichtliche Entwicklung des DGB und seiner Gewerkschaften ein, und vollziehe programmatisch schlicht eine (angebliche) Anpassung der gewerkschaftlichen Politik der letzten Jahre an die herrschenden Verhältnisse nach. Er schneide Visionen jenseits des Kapitalismus ab, und spreche sich für die soziale Marktwirtschaft aus, ja, identifiziere sich mit ihr, obwohl deren zerstörerische Kraft doch offenkundig sei. Er sei bestimmt durch einen naiven Glauben an einen sozialen und gesellschaftlichen Konsens, wie er (vielleicht) bis zu den sechziger oder siebziger Jahren unter den Vorzeichen der Ost-West-Systemkonkurrenz und der national steuerbaren Ökonomien bestanden habe, und überhöhe den Sozialstaat, obwohl dieser doch längst einem grundsätzlichen Angriff ausgesetzt ist und „angesichts der sich zuspitzenden Probleme kapitalistischer Entwicklung der im Sozialstaat markierte Klassenkompromiß von der Kapitaleseite aufgekündigt“ wird.¹ Er biete deshalb keine Visionen für gewerkschaftliche Politik, obwohl diese doch so dringend gefragt sind.

In der Tat: Ohne analytische Aussagen, und ohne Abschätzung der weiteren Entwicklungstendenzen kann ein Grundsatzprogramm keine Ziele formulieren, bleiben die in ihm genannten Instrumente bezugslos.

Hier fällt eine starke Zuspitzung in der bisher formulierten Kritik auf: Der Programmentwurf enthalte keine wirkliche Analyse. Zur Konkretisierung dieses Vorwurfs ist allerdings im wesentlichen nur ein Aspekt zu lesen oder zu hören, daß sich der Programmentwurf nicht an „jenen Erfahrungen, Analysen und Debatten orientiert, die mehr und mehr die Krisentendenzen und Risikopotentiale des heutigen kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsmodells zum Gegenstand haben.“²

Nun wird man dem Programmentwurf nicht ernsthaft vorwerfen können, Krisenerscheinungen von kapitalistischen Wirtschaftssystemen und das Verhältnis von Kapital zu Arbeit *nicht* zu beachten. Dazu gehört auch die Feststellung, daß es nach wie vor unerträgliche Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse und Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft gibt. Was man dem Programmentwurf vorwerfen könnte, ist, nicht nur Krisen und Risiken des kapitalistischen Wirtschaftens zum Ausgangspunkt für Forderungen und Visionen gewerkschaftlichen Handelns zu wählen, sondern *auch*

1 Heinz Bierbaum. Zur Profilierung einer Reformkraft untauglich. Der DGB-Programmentwurf im Lichte nationaler Standortpolitik, in: Forum Gewerkschaften (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft - das Ende der Geschichte. Beilage der Zeitschrift Sozialismus 6/1996, S. f 9.

2 Frank Deppe. Wege in die Defensive - nicht aus ihr heraus. Ein Programm ohne Geschichte, Gegenwartsanalyse und Zukunftsstrategie, in: Ebd., S. 5.

bestimmte Veränderungen unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen, die sich in den letzten Jahren - zum Teil übrigens mit unseren Erfolgen - ergeben haben. Zu fragen ist darum, warum dies ausgeblendet werden soll und wir uns selbst den Blickwinkel völlig verengen sollen, um den Preis einer unter Umständen falschen Politik. Die zu ziehenden programmatischen und politisch-praktischen Schlußfolgerungen sehen nämlich logischerweise bei einer breiteren Erfassung der Wirklichkeit anders aus als bei einer verengten Herangehensweise.

Tatsächlich treffen wir heute die Wirklichkeit nicht mehr, wenn wir von *den* Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sprechen, als handele es sich um eine homogene Gruppe, um eine Klasse mit quasi naturwüchsig gleichgelagerten Interessen. Soziale Milieus haben sich weitgehend aufgelöst. Der Lebens- und Arbeitsalltag der Menschen unterscheidet sich sehr, sei es aus eigenem Interesse oder aufgrund von betrieblichen Zwängen. Auch wenn der Wohlstand unserer Gesellschaft ungerecht verteilt ist, so ist er dennoch gestiegen, und mit ihm die Möglichkeit, die gewachsene Freizeit vielfältiger zu nutzen. Neue Ansprüche sind gewachsen und werden noch weiter an Bedeutung gewinnen: höhere Ansprüche an Arbeitsinhalte, an die Arbeitsqualität und an die allgemeine Lebensumwelt, mehr Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten und mehr Zeitsouveränität, die Selbstverwirklichung je nach individuellen Lebensbedingungen und -perspektiven. Nicht zuletzt akzeptieren Frauen keine klassische Rollenverteilung, keine Ungleichbehandlung mehr. Unsere Gesellschaft ist trotz aller sozialer Ungleichheiten längst eine plurale Gesellschaft geworden. Nach Überwindung der größten materiellen Not hat der gewerkschaftliche Grundwert der Emanzipation und Freiheit eine neue, größere Bedeutung erhalten - und wir sollten uns hüten, die Ausfüllung dieses Wertes neokonservativen Ideologen zu überlassen.

Die sich hieraus ergebenden notwendigen Veränderungen von Politik-inhalten und -Stilen der Gewerkschaften können nicht ernsthaft auf eindimensionalen Analysen beruhen, allein *nur* auf kapitalistische Krisenerscheinungen und Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zurückgeführt werden! Statt dessen bestehen Widersprüche und unterschiedliche Interessen - wenn nicht gar Interessengegensätze — quer zu dieser traditionellen Sichtweise: zwischen den Geschlechtern beispielsweise, oder zwischen materiellen, individuell zurechenbaren Ansprüchen der Menschen einerseits und dem Interesse an der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, oder zwischen dem Anspruch der einzelnen auf autonomer Arbeits- und Lebensgestaltung und der Notwendigkeit, (hierzu) kollektivrechtliche Rahmenregelungen zu schaffen bzw. zu erhalten.

Damit ist keineswegs gesagt, daß mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen nur Chancen verbunden sind. Allein schon die fortbestehende Abhängigkeit der meisten Menschen von ökonomischen Entwicklungen würde dagegensprechen, auch wenn dies einzelne Menschen im Zweifel nicht so empfinden mögen. Sicher müssen neue soziale Bezüge und Regelungszusam-

menhänge geschaffen werden, wenn sich traditionelle soziale Bezüge auflösen - sonst wird zum Beispiel Arbeitslosigkeit zum individuellen Schicksal eines jeden einzelnen. Vor diesem Hintergrund ist das Begriffspaar „Chancen nutzen und Risiken nach Möglichkeit ausschließen, zumindest aber begrenzen“ eine zentrale Kategorie des Programmentwurfs, ist, umgesetzt in die DGB-Programmsprache, nicht nur von Schutz-, sondern auch von Gestaltungsaufgaben des DGB und seiner Gewerkschaften die Rede.

Mit einem solchen Grundverständnis relativiert der Programmentwurf nicht den Interessenbezug gewerkschaftlichen Handelns. Trotz Differenzierung und Chancen/Risiko-Abwägung bleiben die Bündelung von Arbeitnehmerinteressen sowie die Gegenmacht-Funktion der Gewerkschaften notwendig, letzteres allerdings - und dies scheint eine entscheidende Quelle der Kritik am Programmentwurf zu sein - nicht als *einzig* Option. Die Gestaltungskraft der Gewerkschaften erwächst aus der Gegenmachtsfunktion und umgekehrt. Entscheidend ist, einheitliches gewerkschaftliches Handeln durch Kommunikation und Überzeugungsarbeit zu erreichen, und zwar basierend auf der Akzeptanz unterschiedlicher Interessen einzelner Arbeitnehmergruppen. Erst recht gilt dies mit Blick auf neu für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Anders ausgedrückt: Die Lösung sozialer Konflikte beginnt nicht mit Konsens, wie dies die Kritiker des Programmentwurfs zu unterstellen scheinen, sondern endet höchstens hiermit. Und auf dem Weg dorthin müssen Konflikte ausgetragen, muß um Mehrheiten gerungen werden, ist Kampf angesagt - allerdings in einer der jeweiligen Situation angepaßten Form. Dies auszudrücken ist im übrigen auch ein Stück größerer Ehrlichkeit gewerkschaftlicher Programmatik, gerade in einer Einheitsgewerkschaft.

Aber nicht nur bezogen auf einzelne Gewerkschaftsmitglieder und ihre Ansprüche hat diese Pluralität Bedeutung. Alle Welt redet über die Grenzen staatlichen Handelns und über die wachsende Bedeutung von nichtstaatlichen Organisationen - soll dies nur für uns nicht gelten? Und wie könnten dann die Erfahrungen eingeordnet werden, die der DGB in der aktuellen Auseinandersetzung mit der verfehlten Sozial- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung sammelt: Daß es gelingen kann, eine soziale Bewegung zu mobilisieren, die aus der Mitte unserer Gesellschaft stammt? Zugespitzt: Sollen die Gewerkschaften nur in Deutschland dem eine Programmatik entgegensetzen, die letztendlich allein auf autonome Gewerkschaftspolitik mit dem Ziel einer Mobilisierung des eigenen Klienteis zwecks Überwindung der staatlich-gesellschaftlichen Ordnung hinausläuft? Mir scheint, dies wäre doch ziemlich naiv. Deswegen spricht der Programmentwurf von zivilen Konfliktformen und Konsensbildungsprozessen, in der Kritik verzerrend reduziert auf Dialog und Zusammenarbeit.

Druck auf Veränderungen kommt aber nicht nur von innen, sondern auch von außen. Eine zweite zentrale Veränderung der letzten Jahre ist sicher die Globalisierung - und sie stellt endgültig wesentliche Bestandteile der bishe-

rigen gewerkschaftlichen Programmatik, wie sie etwa im Grundsatzprogramm von 1981 formuliert ist, in Frage. Globalisierung bedeutet nicht weniger als die Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die gekennzeichnet ist durch die Abkehr von fordistischen Produktionsweisen in relativ abgeschotteten nationalen Räumen zugunsten einer Dezentralisierung von Produktion und Distribution, indem komplette Produktionseinheiten zerlegt und, unterstützt durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien, auf verschiedene Standorte über den ganzen Globus verteilt werden. Maßstab von Investitionsentscheidungen wird zunehmend die international erzielbare Rendite, und gleichzeitig schwinden nationale Steuerungsmöglichkeiten.

Auch hier stellt sich die Frage, ob eine gewerkschaftliche Programmatik allein auf Analysen kapitalistischer Krisenerscheinungen beruhen kann. Wenn schon in Deutschland unterschiedliche Lebensstile, Sichtweisen und Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu konstatieren sind, so gilt dies doch wohl erst recht angesichts der vielfältigen Kulturen, Mentalitäten und Visionen der Menschen weltweit. Dann aber muß doch spätestens bei den beinahe zwangsläufigen Schlußfolgerungen entweder ein Verharren in nationalstaatlichem Denken oder eine selbst aufgestellte Falle der „relativen Ohnmacht“ auftauchen, wenn man die „hegemoniale Konstellation des heutigen kapitalistischen Weltsystems“³ betrachtet. Die Antwort des Programm-entwurfs lautet auch hier wieder, Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen, Schutzfunktionen der Gewerkschaften ebenso wie Gestaltungsaufgaben wahrzunehmen.

Es soll hier darauf verzichtet werden, all die anderen analytischen Ansatzpunkte des Programm-entwurfs - von der deutschen Einheit bis hin zu ökologischen Herausforderungen - zu referieren. Festzuhalten bleibt, daß der Programm-entwurf den Anspruch erhebt, die Wirklichkeit möglichst vollständig zu erfassen. Dennoch bietet er kein in sich geschlossenes Theoriegebilde, das alle Probleme dieser Welt berücksichtigt und mit ewig gültigen Wahrheiten beantwortet. Aber: Gibt es dies überhaupt? Wenn die von den Kritikern des Programm-entwurfs favorisierte kapitalistische Krisenanalyse offenkundig zu kurz greift und daher untauglich ist, unsere gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen und zu bewerten, geschweige denn, hinreichende Antworten zu bilden - sollen sie gleichwohl als quasi drittbeste Lösung herangezogen werden? Ist es nicht vielmehr gerade eine Stärke des Programm-entwurfs, etwas bescheidener, aber zugleich auch ehrlicher zu sein und analytische Ansatzpunkte und hieraus abgeleitete Ziele und Instrumente zu bieten, die die grobe Richtung angeben, aber auch offen bleiben für neue Entwicklungen?

Von diesen Grundverständnissen ausgehend entfaltet der Programm-entwurf eine Reihe an Zielen und Instrumenten, die eingeordnet sind in die

³ Frank Deppe, Ebd. S. 4.

Tradition gewerkschaftlichen Handelns und der Grundwerte, die schon immer Gewerkschaften bestimmt haben: Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz, Menschen- und Bürgerrechte. Dies soll im folgenden an nur den beiden Themenfeldern gezeigt werden, die im Zentrum der Kritik am Programmwurf stehen. Dabei soll unberücksichtigt bleiben, daß der Programmwurf detaillierte Ansatzpunkte für mehr Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der Arbeit, für mehr Mitbestimmung und für eine humanere, qualitativ hochwertige Arbeit bietet, eine konsequente Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie die soziale Einheit Deutschlands fordert und eine ganze Reihe an Zielen und Ansatzpunkten nennt, die zu einer demokratischeren Gesellschaft führen sollen. Weil sie in der Kritik nicht weiter auftauchen, kann wohl unterstellt werden, daß hierüber - und damit über einen großen Teil des Programmwurfs - Konsens besteht.

Am Wirtschaftsordnungsmodell des Programmwurfs wird kritisiert, daß er Visionen jenseits des Kapitalismus abschneide, sich für die soziale Marktwirtschaft ausspreche und dabei die zerstörerischen Wirkungen eben dieser sozialen Marktwirtschaft, etwa in Form der Massenarbeitslosigkeit, ignoriere. Dabei sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen:

Zum ersten sollten keine Pappkameraden aufgebaut werden. Es ist wohl wahr, daß der Programmwurf die soziale Marktwirtschaft als die Wirtschaftsordnung bezeichnet, die besser als andere geeignet ist, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen. Nur: Die Grenzen, die in der Tat ökologisch, sozial, beschäftigungspolitisch zerstörerischen Wirkungen der „real existierenden sozialen Marktwirtschaft“ werden ebenso klar formuliert, um daraus den Schluß zu ziehen, daß für uns soziale Marktwirtschaft eine andere, eine weiterentwickelte Wirtschaftsordnung bedeutet. Diese soll zwar auf marktwirtschaftlichen Austauschprozessen beruhen, aber zugleich durch einen aktiv handelnden Sozialstaat geprägt sein, der dieses Attribut wirklich verdient, und sie soll gleichzeitig durch mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte wie durch sozial-ökologische Reformen gekennzeichnet sein.

Dabei ist es gar keine Frage, daß - zumindest aktuell - die Arbeitgeber und die neoliberalen Ideologen schon die „real existierende soziale Marktwirtschaft“ zurückstutzen und nach Möglichkeit in „Kapitalismus pur“ umwandeln wollen. Nur spricht dies doch nicht gegen eine gewerkschaftliche Programmatik und praktische Politik, die dem Widerstand entgegengesetzt und alles versucht, um Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit, ein ökologischeres Wirtschaften oder mehr Mitbestimmungsrechte durchzusetzen. Natürlich muß ein solcher „dritter Weg“, muß eine *so* verstandene soziale Marktwirtschaft genauso wie der Sozialstaat selbst von den Gewerkschaften erstritten werden!

Zum anderen: Welche Alternativen bestehen? Der vor sechs Jahren untergegangene Sozialismus? Oder das Investitionslenkungsmodell der siebziger Jahre, dessen Rudimente Eingang in das Grundsatzprogramm des DGB von 1981 gefunden haben? Ich jedenfalls möchte mir weder durch ein Politbüro noch durch investitionslenkende Bedürfniskommissare vorschreiben lassen, welche meiner Bedürfnisse bourgeoisverdächtig seien und deswegen allenfalls einen therapeutischen Anlaß hergeben. So kann ich mir eine freie Gesellschaft der autonomen, solidarischen Menschen nicht vorstellen. Und ebenso wenig, wie solche Alternativen angesichts von Globalisierung realisierbar sein könnten, außer, man denkt an die Weltrevolution.

Und zum dritten schließlich: Wo bleibt bei solchen Überlegungen eigentlich der entscheidende Bezugspunkt gewerkschaftlicher Arbeit, die Interessen und Überzeugungen unserer Mitglieder, zu denen ganz sicher auch die Freiheits- und Wohlstandsansprüche zählen, die im Vergleich zu allen anderen bekannten und erlittenen Ordnungen selbst die real existierende soziale Marktwirtschaft zu erfüllen vermag? Oder wollen wir uns einbilden, im Unterschied zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deren „wahre Interessen“ objektiv erkennen zu können? Ich meine, diese Pervertierung einer großen Idee wurde spätestens 1989 überwunden.

Daß der Programmentwurf von dieser Ordnungsvorstellung ausgehend eine ganze Reihe an Einzelvisionen und Zielen, ja sogar Instrumente nennt, die zu deren schrittweisen Umsetzung führen sollen und können, sollte eigentlich nicht weiter betont werden müssen. Weil sie alle aber in der bisher formulierten Kritik keine nennenswerte Rolle spielen, sei hier der Vollständigkeit halber daran erinnert: Der Programmentwurf bekräftigt das Recht auf Arbeit und bietet hierzu die Grundzüge einer zeitgemäßen Vollbeschäftigungsstrategie. Er umreißt die Grundzüge einer sozial-ökologischen Reform, die zu einem ökologisch verträglichen und sozial gerechteren Wirtschaften führen kann. Dies schließt eine programmatische Wende ein, indem die Lebensqualität als Ziel des Wirtschaftens statt eines rein quantitativen Wachstums betont wird. Er setzt einen programmatischen Schwerpunkt auf den Ausbau der Europäischen Union zu einer sozialen und politischen Union und ordnet diese in eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung ein, die den Entwicklungs- und Schwellenländern faire Chancen eröffnen soll. Damit rückt zugleich über die nationalstaatliche Ebene hinaus eine weitere, internationale Ebene der wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen und Gestaltung in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Programmatik - eine notwendige Antwort auf die Globalisierung.

Andererseits bietet er - wie schon gesagt - zwar Markierungspunkte und Richtungen, aber kein in sich geschlossenes Modell, kein Patentrezept. Ein solches haben weder wir noch andere in der Tasche, denn dies würde nicht nur mehr Wissen über zukünftige Entwicklungen, sondern vor allem voraussetzen, daß es eben keine Fülle an Gegensätzen von ökologischen und sozialen Zielen oder Branchen- oder regionalen Interessen gibt, schon inner-

halb der Bundesrepublik und erst recht weltweit, die nur nach zum Teil langwierigen und komplexen Such- und Verhandlungsprozessen regulierbar sind. Als beispielhaftes Stichwort hierfür mag der Hinweis auf die mittlerweile über 15jährige Auseinandersetzung über eine Politik zur Ausfüllung und Umsetzung des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ reichen.

Der Sozialstaat, behaupten Kritiker des Programmentwurfs, schwebt als entrückte, neutrale Instanz über allen gesellschaftlichen Konflikten. Dies ist mir völlig unverständlich. Gerade der Sozialstaat ist doch eine der zentralen historischen Errungenschaften, die die Gewerkschaften durch *zähen* Kampf aufgebaut haben und ebenso zäh verteidigen müssen und dies auch praktisch tun! Freilich: Verteidigung allein reicht nicht aus. Um es zu wiederholen: Mit den nach wie vor vorhandenen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen und sozialen Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft kann sich der DGB nicht abfinden. Daneben sind aber auch Schlußfolgerungen einerseits aus der Globalisierung, andererseits aus dem Zusammenwachsen Europas und zum dritten aus veränderten und sich weiter ändernden Werten und Ansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nötig. Verteidigung heißt daher Ausbau und Umbau; Ausbau nicht im Sinne eines etatistischen Mehr und Mehr, sondern vor allem in Richtung auf mehr Beteiligung und Mitbestimmung und in Richtung auf *gezielte* sozialstaatliche Maßnahmen zur Überwindung der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Darum nennt der Programmentwurf zum einen indirekte Maßnahmen, die zur Bewältigung und Regulierung der Sozialstaatsprobleme beitragen sollen; dazu zählt an erster Stelle eine entschiedene Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zum anderen werden Ziele und Instrumente genannt, die auf eine institutionelle Weiterentwicklung mit dem Ziel einer Politik sozialer Innovationen im Sozialstaat hinauslaufen. Damit wird klar, daß die Schutzfunktionen des Sozialstaates für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit notwendig sind, aber daß es dabei allein nicht bleiben kann. Der Sozialstaat muß auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die einzelnen ihre Begabungen, Fähigkeiten und Interessen frei entfalten können. Der moderne Sozialstaat muß zwei Grundfunktionen erfüllen: Er muß Schutz gewähren und Freiheit ermöglichen.

Natürlich hat Heinz Bierbaum nicht unrecht, wenn er schreibt, daß der „Klassenkompromiß“ von selten der Arbeitgeber aufgekündigt und daher der „rheinische Kapitalismus“ in Frage gestellt sei.⁴ Ich würde es nur allgemeiner formulieren: Die alte korporatistische Ordnung der (alten) Bundesrepublik löst sich auf, nicht nur wegen der Globalisierung, sondern auch wegen der inneren Veränderungen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig allerdings werden Verteilungskonflikte zunehmen, auch in unserer Gesellschaft, und zwar nicht nur, weil sie offenkundig zunehmend ungleicher und unge-

⁴ Heinz Bierbaum, a.a.O., S. 19.

rechter geworden ist und weiter zu werden droht. Abgesehen von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik gibt es aber nur eine Institution, die in der Lage ist, diese Konflikte zu bewältigen und zu regulieren: eben den Sozialstaat, der freilich politischer werden wird und werden muß. Daneben entscheidend ist, ihn nicht nationalstaatlich verengt zu sehen. Der Europäische Sozialstaat ist eine der großen Visionen der nächsten Jahre.

Vor diesem Hintergrund mag es sein, daß die Arbeitgeber für weitestgehende Deregulierung auf allen Ebenen und gegen den Sozialstaat eintreten. Dies ist aber allenfalls in zweiter Linie relevant: Der DGB formuliert mit seinen Gewerkschaften seine Ziele noch immer autonom und kämpft für deren Durchsetzung, möglichst gemeinsam mit anderen, insbesondere im Europäischen Gewerkschaftsbund.

IV.

Der Programmentwurf ist durch einen engen Zusammenhang von Zielen und Mitteln gekennzeichnet. Dies hat wesentliche Bedeutung. Das typische gewerkschaftliche Selbstverständnis, das bis heute unsere Arbeit bestimmt, lautet doch wohl: nicht auf ein besseres Leben in irgendeiner Zukunft zu warten, sondern jeden Tag konkrete Verbesserungen in der Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erringen. Jedes zusätzliche Lohnprozent, jedes Mitbestimmungsrecht, jedes Stück arbeitsrechtlicher Sicherheit und jede Absicherung von sozialen Risiken haben sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst erstritten und mit Hunderttausenden verbindlichen Kollektivverträgen abgesichert. Die Politik hat schließlich immer mehr den Forderungen der erstarkenden Gewerkschaften entsprechen müssen. Der Sozialstaat, das Soziale an der Marktwirtschaft sind unser Erfolg. Und nicht zuletzt: Dieses Selbstverständnis, das praktische, schrittweise Lösen anstehender Aufgaben ist wohl sicher auch das, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Gewerkschaften erwarten; alles andere führte in das Schattenleben einer außerparlamentarischen, sektenhaften Oppositionspartei.

Gewiß: Dieses Selbstverständnis war immer geleitet von Visionen - dies aber bietet der Programmentwurf: die Grundzüge einer solidarischen Gesellschaft des Miteinander anstelle einer Gesellschaft der Konkurrenz um jeden Preis, einer Gesellschaft der Gleichheit und Gerechtigkeit anstelle einer Gesellschaft, in der Vermögen, Lebenschancen und Lebensqualität immer ungerechter verteilt werden, einer Gesellschaft mit Chancengleichheit, einem Höchstmaß an Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wenn dies keine Visionen sind - was denn dann?